

## **Wie können Vorstände und Gremien Entscheidungen treffen, ohne sich zu versammeln?**

Covid 19 führt nicht dazu, dass Vereinssatzungen und das Vereinsrecht außer Kraft gesetzt werden.

Eine Beschlussfassung muss durch Präsenz zu einer Sitzung erfolgen wenn nicht die Satzung etwas anderes regelt. Es gibt durchaus Satzungen, die Umlaufbeschlüsse per Mail o.ä. zulassen.

Selbst wenn es eine solche Sonderregelung nicht gibt, führt das nicht dazu, dass der Verein in der aktuellen Situation nicht mehr handlungsfähig ist weil er sich nicht treffen darf.

Der Vorstand muss sich zunächst fragen, ob er für das beabsichtigte Handeln überhaupt einen formalen Beschluss benötigt. Ganz oft fassen wir Beschlüsse, die wir formal nicht bräuchten. Diese „Beschlüsse“ spiegeln dann mehr oder weniger lediglich das Meinungsbild des Gremiums, was auch wichtig ist.

Wenn die Satzung aber z.B. nicht regelt, dass per Vorstandsbeschluss zur Mitgliederversammlung eingeladen werden muss, dann bedarf es auch keines Beschlusses zur Einladung und auch keines Beschlusses zur Abladung. Dann stimmt sich der Vorstand ab und der vertretungsberechtigte Vorstand oder das in der Satzung festgelegte Organ lädt zur Mitgliederversammlung ein. Diese Abstimmung muss dann aber auch nicht formal in einer Sitzung stattfinden. Das kann per Telefon oder Mail erfolgen.

In den Fällen, in denen Beschlüsse gefasst werden müssen, z.B. weil die Satzung regelt, dass der Vorstand beschließen muss wann die Mitgliederversammlung stattfindet, muss zunächst geprüft werden, ob der Beschluss aktuell –also jetzt- gefasst werden muss. Haben Sie z.B. noch gar nicht zur Mitgliederversammlung eingeladen und steht in Ihrer Satzung, dass die Mitgliederversammlung einmal jährlich stattfinden soll, haben Sie aktuell keine Eile. Sie können abwarten, auch wenn die Mitgliederversammlung bisher immer im April stattgefunden hat.

Kommt der Vorstand aber zu dem Ergebnis, dass er jetzt aktuell einen formal gültigen unaufschiebbaren Beschluss fassen muss, um schwere Schäden vom Verein abzuwenden, kann er auch ohne Satzungsgrundlage außerhalb von Präsenzveranstaltungen entscheiden.

Das Gesetz kennt hier die Möglichkeit, dass Beschlüsse auch ohne Versammlung gültig sind, wenn alle abstimmungsberechtigten Personen ihre Zustimmung zu dem Beschluss schriftlich erteilen.

Wir empfehlen, wenn der Vorstand dringend entscheiden muss, dies per Mail zu tun und in den Beschluss aufzunehmen, warum sich der Vorstand nicht zur Vorstandssitzung treffen konnte und warum der Beschluss nicht zu einem späteren Zeitpunkt gefasst werden konnte.

Wenn Sie sich dann wieder treffen können, bestätigen Sie die Beschlüsse in der nächsten Vorstandssitzung.

## **Müssen Mitgliedsbeiträge rückerstattet werden?**

Der Mitgliedsbeitrag wird für die Mitgliedschaft im Verein entrichtet. Das klassische Mitgliedschaftsverhältnis zeichnet sich gerade dadurch aus, dass Mitglieder nicht für den Erhalt einer konkreten Leistung zahlen – wie etwa im Fitnessstudio. Die Mitgliedschaft im Sportverein ist durch das Leben gemeinsamer Werte, Mitbestimmungsrechte, Ehrenamt und Miteinander geprägt. Der Training- und Wettkampfbetrieb ist das gemeinsame Ziel, das man verfolgt.

Durch den (vorübergehenden) Ausfall des Trainingsbetriebes löst sich nicht der Verein automatisch auf. Damit bleibt auch die Mitgliedschaft bestehen. So lange die besteht, ist Mitgliedbeitrag zu zahlen.

Etwas Anderes könnte nur gelten, wenn und soweit für die Wahrnehmung einzelner Sportveranstaltungen innerhalb des Vereins Zusatzbeiträge erhoben werden oder Kursgebühren. – Solche Beiträge sind solche, die speziell für die Berechtigung zu zahlen sind, an den jeweiligen Veranstaltungen/Kursen teilnehmen zu dürfen. Sollte ein Verein von sich aus und ohne dass eine dringende Empfehlung der Gesundheitsbehörde vorliegt, die Veranstaltungen absagen ohne sie nachholen zu wollen, dürfte ein Erstattungsanspruch insoweit anzunehmen sein. Etwas anderes gilt nur, wenn und soweit eine behördliche Anordnung ergangen ist, diese

oder jegliche Veranstaltung des Vereins bis auf weiteres nicht durchzuführen. Unter dem Gesichtspunkt der höheren Gewalt wäre ein Verein hier nicht verpflichtet, Beiträge zu erstatten. In solchen Fällen bleibt den Mitgliedern nur der Weg, einer Kündigung der Mitgliedschaft zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

Soweit Nicht-Mitglieder betroffen sind, z.B. im Zusammenhang mit durchzuführenden, aber abgesagten Kursveranstaltungen, unterliegen diese naturgemäß keiner Beitragsverpflichtung, sondern schulden die festgelegten Gebühren auf Grund eines Vertrages eigener Art. In diesen Fällen dürfte der Verein verpflichtet sein, bereits gezahlte Kursgebühren Nicht-Mitgliedern zu erstatten.

Quelle: <https://hsb.vibss.de/vereinsmanagement/ablage-slider/hsb-coronavirus-covid-19-sars-cov-2/>

**Bitte beachten Sie: Wir übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit der Antworten. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Antworten nicht zwingend auch auf Ihren konkreten Sachverhalt anwendbar sind und Rechtsfragen einzelfallabhängig und unter Berücksichtigung der anwendbaren Rechtsgrundlage, wie insbesondere die Satzung, zu entscheiden sind.**